

Der Anschlag in Berlin auf den Christopher Street Day am 25. Juli 2026 zeigt erneut, dass Radikalisierung und gewaltbereiter Extremismus konkrete Folgen für den Schutz von Menschen, für öffentliche Räume und für das Vertrauen in den Rechtsstaat haben. Urbane Räume sind schwer vollständig zu schützen. Umso wichtiger ist, dass Behörden Gefährdungen früh erkennen, richtig einordnen und im Ernstfall koordiniert handeln. Auch in der Schweiz bleibt die Bedrohung durch Terrorismus und gewalttätigen Extremismus aktuell. Zu den terroristisch motivierten Angriffen in der Schweiz der letzten zehn Jahre zählen der Messerangriff in Morges 2020¹, der Messerangriff in Lugano 2020², der Messerangriff in Zürich 2024³ sowie der Messerangriff in Winterthur 2026⁴. Der Nachrichtendienst des Bundes meldete im Juni 2026 44 Risikopersonen, 92 dschihadistisch motivierte Reisende und 958 Fälle im Dschihad-Monitoring. Gleichzeitig gewinnt die Radikalisierung über das Internet und soziale Medien weiter an Bedeutung.

Für Basel-Stadt hat diese Bedrohungslage besondere Bedeutung. Basel ist Grenzstadt und Teil einer trinational verflochtenen Agglomeration mit engen Verbindungen in die Nachbarregionen in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich. Gerade deshalb sind funktionierende Zuständigkeiten, kurze Informationswege und eine belastbare Zusammenarbeit über institutionelle und territoriale Grenzen hinweg zentral. Der Ratschlag und Massnahmenplan 2018 «Radikalisierung und Terrorismus» des Regierungsrates vom 11. April 2018 [18.0151] sollte Prävention, Früherkennung, Schutz und Intervention stärken. Hinzu kommt, dass der Kanton selbst auf den zweiten Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus verweist⁵, der seit 2023 gilt und innerhalb von fünf Jahren umgesetzt werden soll.

Zu einzelnen Massnahmen liegen öffentliche Angaben vor, insbesondere zur Anlaufstelle Radikalisierung und Sensibilisierung der Bevölkerung⁶, zur Interdepartementalen Strategiegruppe Extremismus und Radikalisierung (ISER)⁷, zur Ausbildung von Polizei und Rettungskräften, zur Beschaffung von Schutzausrüstung sowie zum kantonalen Bedrohungsmanagement⁸. Eine konsolidierte, öffentlich zugängliche Gesamtübersicht über den Umsetzungsstand, die Weiterführung und mögliche Lücken scheint nicht zu existieren. Zudem können einzelne Informationen veraltet sein. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Bedrohungslage (aber auch im Wissen, dass im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit immer Abwägungen zu treffen sind) ist eine solche Standortbestimmung angezeigt.

Der Fragesteller hat als Fraktionssprecher in der Debatte zum Massnahmenpaket 2018 sein Votum unter das Motto "Lasst Taten und nicht Worte sprechen" gestellt (Protokoll 32. - 37. Sitzung, Amtsjahr 2018/2019, S. 1057). Er ist weiterhin davon überzeugt, dass in dieser wichtigen Frage überlegte Taten nötig sind. Auf ellenlange Auslegeordnungen, die nicht umsetzbar sind, ist zu verzichten.

Aufgrund dieser Ausgangslage bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie wurde der Massnahmenplan 2018 umgesetzt? Welche Massnahmen wurden umgesetzt, teilweise umgesetzt oder nicht umgesetzt? Welche Massnahmen sind heute noch aktiv, wo sieht der Regierungsrat Nachsteuerungsbedarf? Eine tabellarische Aufstellung der Antworten wäre hilfreich.
2. Wie setzt Basel-Stadt die für den Kanton relevanten Massnahmen des zweiten Nationalen Aktionsplans zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus konkret um, welche Massnahmen sind umgesetzt, welche noch offen, und wo besteht weiterer Handlungsbedarf?
3. Zur Anlaufstelle Radikalisierung wurde öffentlich⁹ mitgeteilt, dass bis November 2023 insgesamt 93 Fälle beziehungsweise Kontaktaufnahmen verzeichnet wurden. Welche Kosten fallen für die Anlaufstelle jährlich an, wie viele Fälle wurden seit 2018 pro Jahr bearbeitet, insbesondere bis Ende 2025, welche Rolle spielt die Anlaufstelle heute im Frühwarn- und Interventionssystem des Kantons, und wo sieht der Regierungsrat Verbesserungsbedarf? Werden die im Rahmen der Anlaufstelle erhobenen Daten an andere Stellen, insbesondere an Fachstellen, Schulen, Sozialdienste, Psychiatrien, Autovermietungen sowie weitere Kantone und Länder weitergegeben, und wenn nicht, weshalb nicht?
4. Der Anschlag in Berlin zeigt, dass auch bei vorhandenen Anlauf- und Beratungsstrukturen kein absoluter Schutz besteht. Wie beurteilt der Regierungsrat die Bedeutung einer funktionierenden Datenweitergabe und Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen. Besteht Bedarf für rechtliche Anpassungen?
5. Wie viele Personen oder Fälle mit Bezug zu Basel-Stadt stehen derzeit im Bereich Radikalisierung und gewaltbereiter Extremismus unter besonderer Beobachtung, wie hat sich diese Zahl seit 2023 entwickelt, und welche Kriterien gelten für die Priorisierung durch die zuständigen Stellen?
6. Wie ist die Koordinationsstelle für Religionsfragen beider Basel in die Prävention religiös motivierter Radikalisierung eingebunden und welche konkreten Aufgaben nimmt sie wahr?
7. Wie hat sich die Zusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt mit anderen Kantonen sowie mit den zuständigen Behörden in Deutschland und Frankreich seit 2018 entwickelt, wurde sie seither intensiviert, und in welchen Bereichen bestehen heute noch operative oder organisatorische Lücken?
8. Inwiefern beeinträchtigt der personelle Unterbestand bei der Kantonspolizei die Umsetzung der Massnahmen gegen Radikalisierung und Terrorismus, prüft der Regierungsrat kantonsübergreifende

- oder gemeinsame Massnahmen mit anderen Behörden, um allfällige Risiken zu verringern?
9. Welche Tools werden im Kanton Basel-Stadt für Social-Media-Monitoring zur Früherkennung von Radikalisierungstendenzen eingesetzt oder geprüft, und wie beurteilt der Regierungsrat deren Nutzen, Grenzen und (datenschutz)rechtliche Zulässigkeit?
 10. Welche Sicherheits- und Schutzmassnahmen gelten heute für Grossanlässe im öffentlichen Raum wie Herbstmesse, Weihnachtsmarkt und Fasnacht, wie haben sich diese in den letzten Jahren entwickelt, drängen sich zusätzliche Massnahmen auf?

¹ <https://www.admin.ch/de/nsb?id=89293>

² <https://www.srf.ch/news/schweiz/islamistischer-terroranschlag-frau-wegen-messerangriff-in-lugano-angeklagt>

³ <https://www.srf.ch/news/schweiz/angriff-auf-zuercher-juden-2024-prozess-nach-messerangriff-in-zuerich-17-jaehriger-vor-gericht>

⁴ <https://www.srf.ch/news/schweiz/messerangriff-in-winterthur-angreifer-war-polizei-bekannt-fehr-spricht-von-terrorakt>

⁵ <https://www.bs.ch/pd/gleichstellung-und-diversitaet/religion/extremismus-und-radikalisierung>

⁶ <https://www.bs.ch/jsd/polizei/fuer-ihre-sicherheit/praevention/anlaufstelle-radikalisierung>

⁷ <https://www.bs.ch/pd/gleichstellung-und-diversitaet/religion/extremismus-und-radikalisierung>

⁸ <https://www.bs.ch/jsd/polizei/unsere-hauptabteilungen/spezialformationen/kantonales-bedrohungsmanagement>

⁹ <https://www.bs.ch/news/2024-gemeinsam-gegen-radikalisierung>

David Jenny